

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Es fehlt keiner!

Die Aufwertungsansprüche der Fürsten von Sippe.

Im Rechtsausschuß des Reichstages stellte heute der Abgeordnete Feld (Nationalsoz.) folgenden Antrag, der unter allgemeiner Heiterkeit verlesen wurde:

Für den Fall der Annahme eines Antrages auf reichsrechtliche Regelung der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit den früheren Fürstenthümern möge der Reichstag beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach 1. das Vermögen der seit 1. August 1914 zugezogenen Ostjuden und sonstigen Fremdstämmigen ohne Entschädigung enteignet wird, 2. der seit diesem Tage durch Kriegs-, Revolutions-, Inflations- oder Deflationsgewinne erworbene Vermögenszuwachs eingezogen wird, 3. die Kreditbanken in die öffentliche Hand überführt werden.

In der sachlichen Beratung berichtender Vorsitzende des Sippischen Landespräsidiums Drake und ein Vertreter der Reichsregierung über die Auseinandersetzung mit den Fürsten der verschiedenen Sippischen Linien. Dabei wurde mitgeteilt, daß der Fürst von Sippe-Bierfeld den im Jahre 1919 geschlossenen Vergleich wegen Irrtum angefochten habe und daß auch Aufwertungsansprüche geltend gemacht worden sind.

Abg. Landsberg (Soz.): Mit welcher Begründung ist die Anfechtung erfolgt?

Minister Drake: Uns ist nur mitgeteilt worden, daß der Vergleich angefochten werde. Eine nähere Begründung wurde nicht gegeben.

Bors. Kahl: Aus den Akten ergibt sich, daß der Fürst über den rechtlichen Charakter des Dominialvermögens im Irrtum gewesen sein will.

Dr. Rosenfeld: Welche Aufwertungsansprüche werden gestellt? Minister Drake: Aufwertung wird mit Bezug auf ein Kapital von 1 Million und von 750 000 M. gestellt. Dabei vertritt der Fürst den Standpunkt, daß diese beiden am 1. Oktober 1919 resp. 24. Oktober 1919 festgestellten Beträge Goldmarkbeträge seien.

Der Ausschuß wendet sich alsdann dem kommunalistischen Antrag auf Erlass eines Sperrgesetzes zu, durch welches ausgesprochen werden soll, daß alle Rechtsstreitigkeiten, welche bei deutschen Gerichten über die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstenthümern anhängig sind, bis zum Inkrafttreten einer reichsgerichtlichen Regelung (Gesetz oder Volksentscheid) ausgesetzt werden sollen.

In der Beratung über den Antrag wurden besonders bei den Deutschnationalen juristische Bedenken nicht nur gegen die Zuständigkeit des Reiches für die Enteignungsgesetze, sondern auch für Sperrgesetze der beantragten Art vorgetragen. Der Rest der Sitzung wurde mit diesen juristischen Streitfragen ausgefüllt.

Kriegsopfer und Kriegsgewinnler

Hunderttausende warten auf Ersatz ihres Vermögens und ihrer Habe. Die Fürsten warten nicht!

Der Präsident des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden, Dr. Karperst, hat im zuständigen Ausschuß des Reichstages einen ersten Bericht über die Tätigkeit des Reichsentschädigungsamtes seit Festlegung der neuen Richtlinien für die Entschädigungen gegeben, der außerordentlich wertvolle Angaben enthält.

Die Arbeit nach den neuen Richtlinien hat im Mai 1925 begonnen. Damals wurden die zu erledigenden Fälle für Nachentschädigung auf nicht weniger als 205 000 geschätzt, wofür ungefähr 170 Millionen Mark in Betracht kamen, die in 10 bis 12 Monaten abgetan werden sollten. Außerdem waren an Darlehen für Wiederaufbau 38 Millionen vorgesehen. Zur Verfügung standen zunächst 270 Millionen, die vom Reichstag bewilligt worden waren. Hinzu kamen aber späterhin noch weiter ausgeworfene 35 Millionen, schließlich noch 100 Millionen, die je zur Hälfte in den Etat von 1925 und 1926 eingelegt worden sind. Das macht die Summe von 405 Millionen Mark aus. Es hat sich aber bald gezeigt, daß alle Schätzungen von der Wirklichkeit weit übertroffen wurden, so daß auch diese Gelder schon nicht mehr ausreichen.

Die Schäden, die den Grenz- und Auslandsdeutschen durch den Krieg erwachsen sind, betragen ungefähr 10,7 Milliarden Mark. Davon entfallen 3 Milliarden auf offene Gewaltschäden, die übrigen 6,7 Milliarden auf Liquidationsschäden, wovon aber wiederum nicht weniger als 6,5 Milliarden sogenannte Sachschäden sind. Es hat sich nun herausgestellt, daß nach Erlass der Richtlinien sehr viel mehr Fälle angemeldet worden sind als ursprünglich angenommen wurde. Das kam durch die unzureichende Entschädigung der Schäden aus dem ober-schlesischen Aufstand, sowie durch einen überraschend großen Andrang vollkommen neuer Anträge, deren Zahl bis zum Dezember vorigen Jahres auf 40 000 angewachsen war, zuletzt je 5000 in jedem Monat!

Das Reichsentschädigungsamt wird denn auch noch eine ganze Reihe von Monaten zu tun haben, zumal außerdem 16 Proz. Beschwerdefälle und 5 Proz. solcher Fälle bis zur letzten Instanz hinzukommen. Es könnte deshalb auch nicht von der Durchführung des vorgesehenen Abbaus der Beamten die Rede sein, so betonte hierbei Dr. Karperst, zumal sich die Geschädigten schon jetzt über die angebliche Langsamkeit der Entschädigungsverfahren beschwerten, trotzdem mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet wurde.

Im Dezember hat sich herausgestellt, daß von den vorgesehenen 170 Millionen für Nachentschädigung bereits 161 Millionen ausgegeben waren, so daß ein erheblicher Mehrbedarf entstand. Daraufhin haben im Finanzministerium langwierige Verhandlungen stattgefunden, wobei sogar die Aenderung der Richtlinien erwogen wurde. Schließlich einigte man sich dahin, die Richtlinien zwar in der jetzigen Form bestehen zu lassen, dagegen deren praktische Handhabung strenger anzuziehen. Das geschah im Sinne einer Verordnung, die vom Präsidenten des Reichsentschädigungsamtes bereits im Oktober erlassen worden war.

Hiernach werden alle neuen Anträge nicht mehr vor den Vergleichskommissar gebracht, sondern durch das Spruchverfahren erledigt. Weiterhin werden die Grundbeträge nur in Ausnahmefällen neu ermittelt, sonst aber bei den alten Feststellungen bestehen gelassen.

Gegen diese und einige weitere Bestimmungen haben sich die Geschädigten mit einer besonderen Denkschrift an den Reichstag gewandt, wobei sie die Herstellung des alten Zustandes verlangen, hauptsächlich mit der Begründung, daß sonst zwei Kategorien von Entschädigten geschaffen würden. Demgegenüber beruft sich das Reichsentschädigungsamt zusammen mit dem Finanzministerium darauf, daß die finanziellen Anforderungen sonst untragbar würden, daß die zweite Kategorie von Entschädigten verhältnismäßig gering wäre und daß für besondere Fälle immer noch der Härtefonds zur Verfügung stände, abgesehen davon, daß die Entschädigungspraxis während der ersten Monate gar zu wohlwollend betrieben worden wäre.

Genau so ist es in letzter Zeit mit den Anträgen auf Wiederaufbaudarlehen geschehen. Sie können ja nach dem ursprünglichen Besch bis zur Höhe von 300 000 M. gewährt werden und sind zuletzt besonders häufig deshalb verlangt worden, weil den betreffenden Personen die Kredite von der Bank gekündigt wurden. Nunmehr werden die Antragsteller jedesmal veranlaßt, ihre Besuche nachzuprüfen, mit dem Erfolg, daß namentlich bei den hohen Darlehen eine wesentliche Kürzung eintritt.

Am 1. Januar 1926 standen noch insgesamt 151 Millionen Mark zur Verfügung. Demgegenüber sind aber auch noch 165 000 Fälle von Nachentschädigung zu erledigen. Hinzu treten allmonatlich weitere Fälle, deren Zahl sich namentlich dadurch erhöhen dürfte, daß Polen neuerdings wieder mit einer erhöhten Liquidationsfähigkeit einzieht. Ausgezahlt wurden an die geschädigten Grenz- und Auslandsdeutschen

bis 1923	350 Millionen Goldmark
bis März 1925	145 "
bis Dezember 1925	238 "
verfügbar sind noch	151 "

Das ergibt zusammen 884 Millionen Goldmark. Da aber diese Summe nicht ausreicht und zu ihr die Wiederaufbaudarlehen und ähnliches gerechnet werden

Gewaltige Arbeitslosigkeit.

Weitere Steigerung um 18 Prozent.

In der Zeit vom 1. bis 15. Januar 1926 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 1 497 516 auf 1 762 005 gestiegen. Die Steigerung beträgt 17,7 Proz.

Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger hat sich von 1 335 943 auf 1 550 706, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 161 573 auf 211 599 erhöht.

Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige) ist von 1 821 590 auf 2 092 958 gestiegen. Die Steigerung der Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der zweiten Hälfte des Dezember 1925 hatte rund 435 000 oder 40 Prozent betragen.

Scheer gegen Trotha und Scheer.

Was er nicht glaubt und wir glauben sollen.

Der Admiral von Trotha hat dem Untersuchungsausschuß erzählt, indem er ein Zitat von Churchill auf eine andere Situation anwandte, Ende Oktober 1918 habe das Geschick Deutschlands an einem „seidenen Faden“ gehangen. Er wäre zumungunsten Deutschlands gerissen, weil der Flottenvorstoß der Admirale nicht ausgeführt worden sei.

Trotha will glauben machen, daß die verhinderte Seeschlacht Deutschland den Sieg im Kriege, oder doch die Rettung gebracht hätte. So wie Admiral von Scheer in seinem Buche „Vom Segelschiff zum U-Boot“ behauptet hat, die Seeschlacht Ende Oktober 1918 hätte die Entscheidung zu unseren Gunsten gebracht.

Herr Scheer war bei nüchterner Ueberlegung selbst anderer Ansicht. Nach der Stagerratschlacht schrieb er in einer Eingabe an den Kaiser, daß die Hochseeflotte Mitte August wieder kampfbereit sein werde:

Bei günstigem Verlauf der dann einsetzenden Operationen wird der Gegner zwar empfindlich geschädigt werden können, trotzdem kann kein Zweifel bestehen, daß selbst der glücklichste Ausgang einer Hochseeschlacht England in diesem Kriege nicht zum Frieden zwingen wird. Die Nachteile unserer militärgeographischen Lage gegenüber der des Inselreiches und die große materielle Uebermacht des Feindes werden durch die Flotte nicht in dem Maße ausgeglichen werden können, daß wir der gegen uns gerichteten Blockade oder des Inselreiches selber Herr werden, auch nicht, wenn die Unterseeboote für militärische Zwecke voll verfügbar sind. . . .

Wer soll nach diesem Zeugnis den kindlichen Glauben aufbringen, an den politischen Erfolg der Seeschlacht zu glauben, an den Herr Scheer selbst glaubte! Herr Trotha von Herrn Scheer gründlich desavouiert, aber wir sollen glauben, was er und Scheer selbst nicht glauben?

Über konnten die Admirale an einen militärisch-taktischen Erfolg glauben? Angesichts des Vergleichs der Flottenstärken und der Erfahrungen der Stagerratschlacht wäre das Wahrscheinlich gewesen. Herr Delbrück hat offen und temperamentvoll gezeigt, worum es ging: um eines mittelalterlichen Ehrbegriffes willen die Flotte in den Grund schießen zu lassen, rund 100 000 Menschen zu opfern, nachdem die deutsche Waffenstillstandsdebatte ergangen war. Von der Flotte reden die Admirale viel, von den vielen Tchniaufgaben auf der Flotte wenig. . . .

Da sollen wir glauben, daß die Admirale Ende Oktober 1918 noch den Sieg erzwungen hätten? Selbst, wenn die Seeschlacht die englische Flotte empfindlicher geschwächt hätte wie die deutsche bis zur Umstellung des Kräfteverhältnisses — stand nicht die amerikanische Flotte in voller Stärke auf der Seite der Entente?

Hätte die deutsche Flotte die offenen deutschen Grenzen gegen Tirol, gegen Oesterreich verteidigen können? Wie hätten die Admirale Lothringen verteidigt? Sie werden uns am Ende noch erzählen, daß sie die Flotte auf Räder gesetzt und nach München gefahren haben würden. . . .

Aus dem Untersuchungsausschuß.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages beschloß, daß kein Anlaß vorliege, dem Abg. Rosenberg (Komm.) einen Ordnungsruf zu erteilen. Der völkische Abg. Henning ist mit seinem großprecherischen Antrag abgefallen.

Die Broschüre des Genossen Ditmann über sein Referat im Untersuchungsausschuß wird im Reichstage verkauft. Das Geschrei der Rechtspresse von einem Verbot ist dadurch Lügen gestraft.

Scharfer Konflikt Paris-Budapest.

Protest gegen die ungarische Obstruktion.

Paris, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die von Tag zu Tag offenkundiger in Erscheinung tretende Obstruktion, durch die die ungarischen Behörden die Durchführung der Untersuchung über die Banknotenfälschungen zu unterbinden suchen, hat zu einer scharfen Spannung zwischen Paris und Budapest geführt. Der französische Polizeikommissar, der in Budapest in den letzten Tagen mehrere wichtige neue Dokumente entdeckt hatte, hat mehrmals vergeblich versucht, die Ausdehnung der Untersuchung auf mehrere der Regierung und dem Reichsverweigerer Horthy nahestehende Persönlichkeiten zu erreichen. Im Laufe des Monats ist es darüber zu einem scharfen Zwischenfall gekommen, indem der die Untersuchung leitende Staatsanwalt sich weigerte, den von der französischen Regierung beauftragten Polizeibeamten zu empfangen. Das französische Außenministerium hat daraufhin am Montagabend seinen Gesandten in Budapest telegraphisch neue, sehr energische Instruktionen mitgeteilt und ihn beauftragt, der ungarischen Regierung gegenüber mit allem Nachdruck die Forderung auf Zulassung des französischen Beamten zum Verhör der Beschuldigten zu stellen.

Der Fall Tonello.

Kanton Tessin gegen Berner Bundesregierung.

Genf, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Tessiner Großrat beantwortete der Regierungspräsident die Interpellation des Genossen Zell über die Verwarnung und Ausweisungandrohung durch den Bundesrat gegenüber dem Genossen Tonello wegen seiner Mitarbeit am Parteiblatt in Lugano. Der Regierungspräsident erklärte, daß sich die gegen Tonello erhobenen Anschuldigungen als nicht wahr herausgestellt hätten und daß das Vorgehen des Bundesrats mit der kantonalen Verfassung und den Bestimmungen über die Pressefreiheit im Widerspruch stehe. Die Ausführungen des Regierungspräsidenten wurden vom ganzen Rat mit Beifall aufgenommen und Genosse Zell erklärte sich von ihnen befriedigt.

Diese Stellungnahme der Tessiner Kantonsregierung stellt eine schwere Blamage für den Bundesrat Rotta dar, der, obwohl selbst Tessiner, in seiner Eigenschaft als Bearbeiter der auswärtigen Angelegenheiten der Schweiz, gegenüber den Dreißigstellern der schweizerischen Regierung ein Entgegenkommen erweist, das bereits lebhaftes Befremden in weiten Schichten des Schweizer Volkes hervorgerufen hat.

Der Vorkentrat des Reichstages beschloß heute, daß das Plenum nur die Erklärung des Reichsfinanziers entgegennehmen und sich dann auf Mittwoch nachmittag 1 Uhr vertagen soll, um den fraktionellen Gelegenheiten zu geben, zum Regierungsprogramm Stellung zu nehmen. Die politische Debatte soll nur zwei Tage dauern und am Donnerstagabend abgeschlossen werden.

müssen, nicht zu vergessen die hohen Verwaltungskosten, so kann man sagen, daß durch Kriegsschäden allein auf diesem Gebiete dem Deutschen Reich eine Ausgabe von rund 1 Milliarde Mark erwachsen wird.

Interessant ist, wie bisher die einzelnen Summen verteilt worden sind. Danach sind in der Zeit vom April bis Dezember 1925 folgende Nachbewilligungen erfolgt:

Rachenschädigungen (mit Ausnahme der Wertpapierentschädigungen)	Die Gesamtentschädigung beträgt vom Friedensstand	Zahl der erledigten Fälle (Bewilligungen und Ablehnungen)
bis	2 000 M.	100
2 001 - 5 000	100 bis 46	88 121
5 001 - 10 000	46 bis 28	18 282
10 001 - 20 000	28 bis 19	10 814
20 001 - 30 000	19 bis 16	8 275
30 001 - 40 000	16 bis 13,5	4 454
40 001 - 50 000	13,5 bis 12	2 480
50 001 - 100 000	12 bis 10	1 542
100 001 - 200 000	10 bis 8	8 278
200 001 - 500 000	8 bis 5,2	1 987
500 001 - 1 000 000	5,2 bis 2,2	1 211
1 000 001 - 2 000 000		516
2 000 001 - 5 000 000		252
5 000 001 - 10 000 000		146
über 10 000 000		49
		87
		140 894

Das sind Zahlen, denen gegenüber Dr. Karperli zum Schluss nur betonen konnte: Es sei schon jetzt klar, daß mit den vorhandenen Summen nicht auszukommen wäre und neue bewilligt werden müßten. Das halte aber besonders deshalb schwer, weil die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung ganz unübersichtlich sei. Andererseits müßten die Richtlinien geändert werden, wodurch 20 000 bis 30 000 Geschädigte hinten herunterfallen würden! Eine Hoffnung bestände noch in bezug auf das internationale Auslegungsschiedsgericht, das im März zusammentreten würde, nachdem die Reparationskommission alle Ansprüche Deutschlands darauf abgewiesen habe, diese Liquidationsentschädigungen von den Reparationslasten abziehen zu dürfen.

Die Darlegungen des Präsidenten des Reichsentschädigungsamts sind zwar in erster Linie von dem Wunsche diktiert, moralische Entlastung für sein Amt zu erwirken. Aber ungewollt zeigen sie gleichzeitig den ungeheuren Kontrast, der zwischen der Entschädigung der um ihres Deutschtums willen vielfach um ihr ganzes Hab und Gut, ja um die Grundlage ihrer Existenz gebrachten Grenz- und Auslandsdeutschen und der Millionenengruppe an die verflochtenen Fürstentümern klafft!

Während die einen jahrelang um die geringfügige Entschädigung für ihren Verlust kämpfen müssen, während sie in Notwohnungen kümmerlich kampieren, leben die anderen auf ihren Schlössern von dem schönen Goldgeld, das ihnen die getreue Republik willig zahlt und weiter zahlen will.

Das Volk entscheide, ob es diesen Standal weiter dulden will!

Polizei und Kultur.

Aufgaben des Reichsministeriums des Innern.

Das Reichsministerium des Innern ist für das innenpolitische Geschehen in Deutschland das maßgebende Ministerium. Die Persönlichkeit seines Leiters ist deshalb außerordentlich wichtig. Im Reichsinnenministerium werden nämlich nicht nur alle Fragen des deutschen Verfassungslebens, sondern nach Maßgabe der Zuständigkeit des Reiches auch alle Angelegenheiten von Bildung und Schule, zur Förderung der Kunst und Wissenschaft, des Gesundheitswesens, der Polizei und der Technischen Nothilfe be-

arbeitet. Dem Ministerium unterstehen außerdem die großen wissenschaftlichen Zentralinstitute des Reiches.

Daher wird bei jeder Regierungsbildung um den Posten des Innenministeriums am ärgsten gerungen. Als die Deutschnationalen 1924 mit ihrer Majoritätigen Zustimmung zu den Dawes-Bedingungen durch die Vermittlung des neuen Wirtschaftsministers Dr. Curtius sich vier Ministerposten erkauft hatten, bestanden sie vor allem das Reichsministerium des Innern durch Herrn Schiele, einen ihrer Vorstehenden. Ihre Anträge auf Festlegung des 18. Januars, des Tages der Reichsgründung, als Nationalfeiertag, auf Abänderung der Reichsfarben, auf Einsetzung eines Ausschusses, dem die „Nachprüfung der Reichsoverfassung auf ihre Reformbedürftigkeit übertragen werden solle“ und andere, zeigten alsbald, daß sie nunmehr ihre Zeit für gekommen hielten. Auch war Herr Schiele ehrlich genug, zu erklären, daß er den Anträgen, insbesondere der Anregung, einen ständigen Verfassungsausschuss einzusetzen, zustimme.

Von Herrn Koch, der bei der letzten Regierungsbildung als erster für den Posten des Reichsinnenministers in Aussicht genommen war, hätte man wohl eine energische Verteidigung der demokratischen Republik erwarten können. Nachdem er von seiner eigenen Fraktion fallen gelassen wurde, weil er den beiden Volksparteien „zu prononciert demokratisch“ ist, wird man die Taten des von den Rechtsparteien als Innenminister gnädigst akzeptierten Demokraten Dr. Kütz mit größter Wachsamkeit verfolgen müssen. Die durchaus zweideutige Haltung, die bei den erwähnten Verfassungsdebatten im Haushaltsausschuss der Sprecher der Demokraten, Abgeordneter Fischbein, eingenommen hat, macht solche Wachsamkeit doppelt notwendig.

Der Haushalt des Reichsinnenministeriums schließt in 1926 ab in Einnahme mit 2,8 Millionen gegen 1,7 Millionen in 1925, in Ausgabe mit 30,4 Millionen gegen 23,5 Millionen in 1925. Das Mehr an Einnahmen dieses Jahres ergibt sich insbesondere aus höheren Betriebsüberschüssen des Reichs- und Staatsanzeigers“ wie aus größeren Erträgen einiger vom Reichsarchiv über den Weltkrieg veröffentlichten Werte. Die Minderausgabe von über 200 Millionen rührt in der Hauptsache daher, daß die in 1925 und 1926 „für Zwecke polizeilichen Schutzes“ angeforderten 190 Millionen in diesem Jahr nicht im Etat des Reichsinnenministeriums, sondern im Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung angefordert werden. Irgendeine Begründung für diese ungewöhnliche Maßnahme findet sich im Etat nicht. Diese Verschlebung ohne jedes Wort der Aufklärung ist um so merkwürdiger, als der Minister Schiele im Mai v. J. im Haushaltsausschuss erklärte: „Durch die Unterstützung der Länder mit noch 190 Millionen Mark sichert sich das Reich gleichzeitig einen gewissen, seinen begründeten Interessen entsprechenden Einfluß in grundsätzlichen Dingen des polizeilichen Schutzes durch die von seinem Ministerium erlassenen Richtlinien. Er gedente diesen Einfluß . . . nicht zu überspannen, sondern vorzugsweise in der ausgleichenden Regelung solcher Fragen geltend zu machen, die Reich und Länder oder mehrere Länder gemeinschaftlich interessieren.“ Vielleicht hat man geglaubt, die seit Jahren von den sozialdemokratischen Rednern vorgebrachten Klagen, daß die Polizeiausgaben in diesem Ministerium diejenigen für Kulturzwecke außerordentlich überwiegen, auf solche einfache Weise beiseite schieben zu können. Nach dieser Amputation verbleiben an eigentlichen Polizeikosten im Etat nur die persönlichen und sächlichen Ausgaben für das Bureau des Reichskommissars für Ueberwachung der öffentlichen Ordnung mit 384 000 Mark gegen 217 000 in 1925. Die Steigerung entsteht, weil für den Nachrichtendienst des Reichskommissars ein Mehr von 140 000 M. angefordert wird. Dieser Nachrichtendienst kostete in 1924 60 000 M., in 1925 100 000 M., jetzt soll der Posten sogar auf 240 000 M. erhöht werden!

Zur Unterhaltung und Durchführung der Technischen Nothilfe werden 2 850 000 M. gegen 3 000 000 im Vorjahre verlangt. In der sehr eingehenden Debatte, die im vorigen Jahre über die Technische Nothilfe stattgefunden hat, legten die sozialdemokratischen Vertreter eingehend die Gründe dar, die sie zu ihrem Antrag auf Streichung der Gesamtsumme und damit auf Aufhebung der ganzen „Technischen Nothilfe“ veranlaßt hatten. Die Entwicklung der Verhältnisse seit dem vorigen Jahr läßt heute die Auf-

hebung der Technischen Nothilfe noch notwendiger erscheinen. Die Sozialdemokratie wird es an Bemühungen, dieses Ziel zu erreichen, nicht fehlen lassen.

Agitationsanträge.

Ein lehrreiches Zwischenpiel gab es am Dienstag im Hauptauschuss des Reichstages. Bei der Beratung über die Interpellationen wegen der Hochwasserschäden, haben Zentrum und Deutschnationale im Plenum einen Wettlauf um die Gunst der Hochwasserbeschädigten veranstaltet. Das Zentrum beantragte die sofortige Bewilligung von 3 Millionen; die Deutschnationalen verlangten 5 Millionen. Der Zentrumsantrag wurde angenommen. Heute polemisierte nun der deutschnationale Abgeordnete Schmidt-Stettin im Hauptauschuss gegen seinen deutschnationalen Kollegen Dr. Drjander, weil im Plenum Agitationsanträge gestellt würden, ohne daß für Deckung gesorgt werde. Er verlangte nun die Heranziehung der Postüberschüsse, wogegen von den Demokraten Bedenken erhoben wurden. Das Reichsfinanzministerium ließ durch einen Vertreter erklären, daß die Abgeltung der Hochwasserschäden, Aufgabe der Länder sei. Beschlüsse der Reichstag Hilfe, so müsse er auch für die Mittel sorgen. Der Kommunist Stoecker hielt dem Reichsfinanzministerium mit Recht vor, daß bei anderen Anlegenheiten das Reichsfinanzministerium ohne Deckung viel größere Ausgaben gemacht habe. Die Weiterberatung der Angelegenheit wurde auf Mittwoch vertagt.

Schwache Börse.

Die gefrige Befestigung machte auch heute Fortschritte, zumal der Geldmarkt außerordentlich leicht blieb und die Nachrichten über die Rhein-Elbe-Union anregend wirkten. Im weiteren Verlaufe schwächte sich die Tendenz ab. Zum Teil auf politische Besorgnissen hin und auf unbestätigte Nachrichten über größere Zahlungsschwierigkeiten. Von Montanaktien waren besonders beachtend die Werte der Rhein-Elbe-Union, auch Mannesmann und Schlef. Zint fester. Kalkaktien mozt mit Ausnahme von Westeregen, Farben und Sprengstoffwerte still. Elektroaktien meist rückgängig, aber Gesfurel und Accus fest. Von sonstigen Industriektien Maschinenwerte gut befestigt, aber Loewe rückgängig. Auch Basalt schwach, Stoeck dagegen fest. Schiffsaktien von Anfang an unter Bevorzugung von Lloyd und Rosand-Linie sehr fest. Banken still, der Rentenmarkt bleibt freundlich. Schatzgebiet 6,15, Kriegsanleihe 0,24. Am Devisenmarkt zeigt der französische Frank einen erneuten Rückgang auf 131,40.

Baldwins Optimismus.

Die deutsch-englische Arbeitslosigkeit wird vorübergehen.

London, 26. Januar. (U.) Ministerpräsident Baldwin hielt gestern auf dem Festessen der Konservativen Partei eine Rede. Er betonte, auf das vergangene Jahr könnten alle Konservativen mit Befriedigung zurückblicken. Das politische sowie das finanzielle Ansehen Englands im Ausland sei bedeutend gewachsen. Der Dawes-Plan habe schon Anfangserfolge gezeitigt. Seine Hauptbedeutung liege darin, daß er in Deutschland ein ausgeglichenes Budget und eine stabile Währung geschaffen habe. Gegenwärtig sei die deutsche Wirtschaft allerdings durch Kreditknappheit beeinträchtigt und man sehe ebenso wie England eine große Arbeitslosigkeit gegenüber. Aber jedermann hoffe, daß diese Zeit bald vorübergehen werde. Denn England könne keine armen Nachbarn gebrauchen, wenn sich Handel und Wandel in Europa günstig entwickeln sollten.

Der amerikanische Senat hat am Montag mit 63 gegen 26 Stimmen einen Antrag angenommen, durch den die Aussprache über den Beitritt Amerikas zum Weltgerichtshof beendet wurde. Die Schlussabstimmung wird in den nächsten Tagen folgen. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß sie bejahend ausfallen wird.

Der Matteotti-Prozess Anfang März. Das Organ des Generalsekretärs der faschistischen Partei erklärt, daß der Matteotti-Prozess in den ersten Tagen des Monats März, vor dem Gericht in Chiati beginnen werde.

Der Baustil dieser künftigen Zeit kann nur unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit stehen. Ein Bestreben, zu normalisieren, wird sich fühlbar machen, da es dann notwendig sein wird, so weit wie möglich auch hier fabrikmäßig zu arbeiten. Der Bauhandwerker wird zum Konteur werden. Wände werden nur Früllwerk, nicht mehr Stütze sein; als solche wird das Gerüst dienen. Man wird dadurch zur Einheitslichkeit, oft sogar zur völligen Gleichheit der Gebäude kommen. Aufgabe der Kunst wird es dann sein, für die Gestaltung der wenigen verbleibenden Typen zu sorgen. Ein neuer Stil wird so entstehen, der mit den historischen nichts gemein hat, sondern seine Form nur aus der Funktion entwickelt. Les.

Frankreich das billigste Land. In allen Ländern sind die Lebenshaltungskosten bedeutend gestiegen, und zwar um 50 bis annähernd 100 Proz. Zwar nennen manche Länder noch erheblich höhere Prozenzfälle, aber das sind Länder mit nicht vollwertiger Wäluks; wenn man ihre Lebenshaltungskosten in Ebelescala umrechnet, ergibt sich meist, daß das Leben in diesen Ländern billiger als anderswo ist. Das trifft ganz besonders auf Frankreich zu. Frankreich hat eine nominale Verteuerung von 440 Proz.; unter Berücksichtigung des gestunkenen Frankfurles ergibt sich jedoch eine Indeziffer von nur 97 Proz., d. h. man lebt in Frankreich um 3 Proz. billiger als in der Vorkriegszeit. Ungünstiger liegen die Verhältnisse schon in Italien; dort ergibt sich eine Indeziffer von 120 Proz. Dann aber folgt auch schon Deutschland mit 146,8 Proz. Auf diesem Standard bewegen sich die Ziffern für die meisten europäischen Länder. Höhere Prozenzfälle haben aufzuweisen: die Schweiz mit 168 Proz., England mit 169 Proz. und Norwegen mit der Rekordziffer von 193 Proz. Norwegen ist augenblicklich das teuerste Land der Welt. Wenn es in der kommenden Reiseisaison nach den Lebenshaltungskosten geht, wird Norwegen kaum sehr gute Aussichten haben, während Frankreich das Eldorado aller Reiseisastigen sein müßte.

Die älteste Frau der Welt. Als ältesten Mann der Welt hat man einen Türken namens Zarcagha feststellen wollen, der das Alter von 150 Jahren erreicht haben soll und mit 142 Jahren noch einmal heiratete. Neben ihm taucht nun aber eine fast ebenso alte Frau auf, die durch die erste Volkszählung in Persien entdeckt worden ist. Wie englischen Blättern aus Teheran gemeldet wird, hat man bei dieser ersten Volkszählung in der Geschichte Persiens, die auf Drängen des amerikanischen Verwalters der persischen Finanzen zur Feststellung der Steuerkraft des Landes vorgenommen wird, in dem Dorf Mochin am Fuß des Alward-Gebirges eine Frau entdeckt, die nach verbürgten Zeugnissen 146 Jahre alt ist. Es lebt noch ein Sohn von ihr, der das Alter von 117 Jahren erreicht hat.

Sie an Zwerg spricht auf Einladung der Buchhandlung R. Spaeth am Freitag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, im Reiteraal bei der Berliner Residenz über Holland. Vorverkauf in der Buchhandlung J. R. Spaeth, Königsplatz 52.

Den 60. Geburtstag von Romani Rolland feiert die Volkshöhle am 5. Februar im Fittleraal der Oper am Königsplatz durch einen Rolland-Abend, in dem Dr. D. Grantoff über den Dichter sprechen und Fräulein Wolff aus seinen Werken vorlesen wird. Einladungen in den Verkaufsposten zu 0,20 M.

„Dybul“ im Kleinen Theater.

In Berlin haben jiddische Künstler die Tragödie der schönen Lea gespielt, die von Dybul, d. h. vom Geist ihres heimlich Geliebten, befreit war und starb, nachdem man den Geist ausgetrieben hat. Man hatte ein starkes Stück jiddischer Exotik gesehen. Man spürte den Wert und den Überglauben des Ostjudentums hinter dem Geistespaß. Auf der Bühne wurde ein Hochgericht abgehalten gegen einen lebendigen Menschen und eine körperliche Seele, die erst aus dem Schoße Abrahams jittiert werden mußte. Die Hochzeitsgebäude des Volkes, die Bibel und Dudenmusik, der rituelle Singang beim Beien im Talmudhause, schließlich jene Brüderchaft mit den religiösen Dingen, die den frommen Juden treibt, seine Gefegestollen zu kleiden wie ein teures Weib, all diese Gebräuche, so selbst und bewegend, zogen an. Humbaig, Yhris, Empfindsamkeit wurden durcheinandergemischt. Und dazu noch die Moral, daß nur ein winziges Abwachen von der Ehrlichkeit ganze Generationen unglücklich machen kann. Aug um Aug, Zahn um Zahn, bis ins dritte und vierte Geschlecht — — —

Dieses Kinderpiel, in dem Greise, Bunderrabbiner, Talmudjänger, Rabalsten, blinde und lahme Bettler, eine tanzende Judenhochzeitsgesellschaft und die artige der Jungfrauen mitwirken, wird nun aus dem Jiddischen ins Hochdeutsche übertragen. Es soll aus dem feststehenden Dialektstück ein Bildungstück werden. Die Schauspieler sollen durch Rasten und Manieren erziehen, was ihnen an klassischem Gemäuel fehlt. Nun, die Verwandlung gelang nur unvollkommen. Man hätte immer wieder gewünscht, daß die Gefühle und die Worte durch das Jiddische motiviert würden. Denn das Hochdeutsche demastriert all zu oft eine allzu große Dürftigkeit des Geschehens und des Gedankens. Der Spul allein reicht nicht aus, um ein kritisches Parteil in Bann zu halten.

Die Judenrichter gehen einher im Rosten und mit Stirnlöchern und wenn sie das Geipenstribunal bilden, hüßen sie sich in die Sterbemäntel, deren Schaujäden sie ehrfürchtig küßen. So sah ein Jude aus der Bühne kurios und malerisch genug aus. Nur war keiner unter ihnen, der jenes Volk repräsentiert hätte, zu dessen Herrlichkeit An-St, der jiddische Verfasser, sein vollstündiges Legendenstück dichtete. Höchstens Gerda Müller, die die schöne Lea spielte, konnte sich einfallen in der klinischen Studie, die sie mit Sonne begann. Allerdings ist in diesem Mädchen wenig von der Judentochter zu finden. Sie hat eben ein schlichtes, verliebtes Mädel zu sein, das mit glösigem Auge und lassendem Munde einhergeht oder auch zusammenstinkt, weil es in jedem Bluttrülein die Gegenwart des Jünglings spürt, der von ihm und von dem sie selber Besitz nahm. Von russischen Komödianten kamu Bladimir Sokoloff ab, ein besonderer Charakteristiker von gespenstischen Wesen, von Zwergen oder etwas ungewöhnlichen Unholden. Diesem Schauspieler, der sich die deutsche Sprache mit Fleiß angeeignet, wurde

die Rolle des Bunderrabbiners anvertraut. Sokoloff ist ein Schauspieler, der sehr sehnüchsig bildliche Wirkungen sucht. Er sabbert etwas, bevor er seinem Greisenmunde ein Weisheitswort entwendet, er ist imstande, die Trübseligkeit des Hundertjährigen und dessen allgemeine Sinnenttäuschung sehr interessant zu heucheln. Ueberhaupt scheint seine Stärke in der Uebertreibung der Nase zu liegen. Durch solchen Hang nach der berben Wirkung kann er leicht aufdringlich werden. Ein starkes Talent muß sich vor derartigen Verfall hüten. M. A.

Die Auflösung der Großstadt.

Einen Vortragstitel, den die Staatliche Kunstbibliothek über „Die Baukunst unserer Zeit“ veranstaltet, leitete Karl Scheffler ein mit seinem Vortrag über „Die Zukunft der Großstadt“ und die Großstadt der Zukunft“. Scheffler glaubt an die Zertrümmerung der Großstadt, die zwar ein Knotenpunkt des Wirtschaftslebens und der Verwaltung bleiben, aber im übrigen ihrer gegenwärtigen Bedeutung verloren gehen würde. Er sieht die Anzeichen dafür einmal in dem Streben der Industrie, sich um die Rohstofflager zu gruppieren; wo solche Fabrik- und Arbeiterniederlassungen entstehen, ist auch der Geist der Großstadt am Werke. Ein anderer Beweis für die Auflösung der Großstadtkomplexe scheint ihm die Siedlungsbewegung, die man ja als Gegenpiel der Landflucht aussprechen kann. Dadurch wird ebenfalls der Stadtgeist auf das Land getragen; denn alle diese Siedler sind Großstädter, die keinesfalls Bauern werden wollen, sondern die gewissermaßen nur eine Großstadtkolonie auf dem Lande gründen. Hier wird von vornherein mit Radio, Telephon und Auto gerechnet, mit Mitteln, die die Entfernungen vermindern oder überhaupt illusorisch machen. Die Frage nach der endgültigen Gestaltung der Großstädte ist Scheffler die Frage nach der Entwicklung der Weltwirtschaft. Will man seine Ausführungen hierüber zusammenfassen, so kann man ungefähr sagen: Das Land mit seinen unrationellen Wirtschaftsformen muß außer Konkurrenz treten und einem Stadtwesen Platz machen, das eine Art aufgeladeter Großstadt darstellt. Der Vortragende wies zur Begründung daraufhin, daß die amerikanischen Farmer durchaus städtischen Charakter tragen. Sie haben sich längst zu Spezialisten entwickelt, ihre Arbeit industrialisiert, soweit es irgend möglich war; durch Auto und Flugzeug ist ihre Trennung von der Großstadt nur noch scheinbar, und sie können sie auch gar nicht entbehren.

Auch die Entwicklung der Technik weist auf eine solche Umstellung hin. Scheffler erinnerte daran, daß alle Erfindungen erst dann gemacht würden, wenn sie nötig wären. Selbst wenn sie anfangs nur wie eine technische Spielerei anmuteten, so entsprängen sie doch einem, wenn auch vielleicht noch unbewußten Bedürfnis der Menschen, das aber auf jeden Fall dann bald in Erscheinung tritt. So werden Radio und Flugzeug in absehbarer Zeit die gleiche Bedeutung erlangen, die jetzt Telephon und Auto haben, eben weil man bald weitere Straßen überwinden müssen. Wenn die Spezialisierung erst durchgreifend entwickelt ist, werden die Vereinigten Staaten von Europa zur Selbstverständlichkeit geworden sein, und jedes einzelne Land wird darin etwas den Charakter einer ausgedehnten Stadt tragen.

Hinein in die weltliche Schule!

Die Trennung der Schule von der Kirche ist eine Forderung, die immer noch der Erfüllung harret. Solange die Schule noch genötigt wird, „Unterricht“ in Religion zu geben, bleibt sie Dienerin der Kirche. Schon jetzt haben aber die Eltern wenigstens die Möglichkeit, ihre Kinder dem Religionsunterricht der Schule fernzuhalten. Sie können die Kinder bei einer der zu diesem Zweck geschaffenen weltlichen Schulen anmelden, in denen die ohne Religionsunterricht zu erziehenden Kinder zusammengefaßt werden. Wer ohne Religionsunterricht erzogen wird, wächst deshalb nicht ohne Religion auf, nicht ohne Religion im weiteren und edleren Sinne dieses Wortes. Die weltlichen Schulen bieten statt des Religionsunterrichtes einen Geistesunterricht, der alle Lehrfächer durchzieht. Er kann in den Kindern das Gefühl der sozialen Verbundenheit mit den Mitmenschen besser und stärker entwickeln als ein vielleicht mit dem Prügelstock unterstützter Religionsunterricht, der über eine äußerliche und nur das Gedächtnis belastende Aneignung des vorgeschriebenen Bibel-, Katechismus- und Gesangbuchtextes selten hinauskommt. Die weltlichen Schulen sind aber auch Sammelmitteln der fortgeschrittenen Pädagogen, die das Kind zu einem selbständig denkenden und urteilenden Menschen und einem von Verantwortungsgedanken erfüllten Glied des Volksganzen erziehen wollen. Die Zahl der weltlichen Schulen ist in Berlin noch nicht groß, aber sie ist im Wachsen — und keiner Macht der Kirche oder der durch sie aufgepeitschten Erbklerikale wird es gelingen, diese Bewegung aufzuhalten und zurückzudrängen. Alle aufgeklärten Eltern sollten bei der zu Ostern kommenden Einschulung der Sechsjährigen an die weltlichen Schulen denken und ihre Kinder solchen Schulen zuführen. Es empfiehlt sich, die Anmeldung nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern sie zeitig zu bewirken.

Der „Hochmeister“ und seine Freunde.

Mahraun-Verammlung im Saalbau Friedrichshain.

Die Zeiten ändern sich! Es ist noch nicht lange her, daß der autokratische „Hochmeister“ des „Jungdeutschen Ordens“ sich in seinem Stammhause Kassel, als „Nationalrevolutionär“ feiern ließ. Damals hatte er — in ebenso verworrenen Phrasen wie jetzt — gegen die „parteiliche Demokratie“ und die „unheroischen Marginalen“. Heute ist er gezwungen, sich seiner „nationalen“ Bedränger zu erwehren, die ihn des Hoch- und Landesverrats bezichtigt haben.

Die Rede, die Artur Mahraun gestern abend im Saalbau Friedrichshain vor seinen Leuten hielt, wäre allgemein politisch völlig belanglos gewesen, wenn sie nicht Aufschlüsse über gewisse Herrschaften im deutsch-nationalen und völkischen Lager gegeben hätte, die anderen so gern die nationale Ehre absprechen. Einige recht bittere Wahrheiten sagte er über die verlogene Kampfesweise der „Rechten“. „Früher“, so führte Mahraun aus, „sang man Lobeshymnen auf uns. Heute werden wir beschimpft und als Gelbknäuel abgetan. Mit der Waffe in der Hand haben wir 1918 gegen die Revolution gekämpft, um den Staat zu retten. Als endlich (!) wieder ein nationaler Reichspräsident, Hindenburg, an der Spitze stand, habe man die nationale Bewegung gefragt: „Was wollt ihr denn?“ Das anhaltende Regieren sei doch auf die Dauer unmöglich. Das „Frontgeschlecht“ habe das „höfliche Erlebnis“ des „Frontschicksals“ mit in die Heimat gebracht. Nicht jedem ist es allerdings so lustig ergangen. Die Sozialdemokraten sind nach Ansicht des Oberleitnants a. D. „ökonomisch verfunken“. Nicht Demokratie, sondern Autokratie herrsche bei uns. Der Staat sei an die Geldmächte der Gegenwart ausgeliefert. Er, Mahraun, wäre der größte Feind der Diktatur. Dann aber in einem Atem: „Es kam eine zeitweilige Diktatur geben.“ Mit dem bishigen Soldaten spielen, wie es die völkischen Gruppen treiben, könne es nicht getan sein. Hier sei keine Idee, sondern nur gedankenlos Paradedemagogie. Im übrigen habe man noch jede große politische Epoche verteidigt. Selbst Rant sei ein Schwärmer genannt worden. Hugenberg's „Tag“ bekämpfe ihn in überaus gehässiger Weise. „Wir werden für unsere Forderung kämpfen, im Kampf mit der Rechten oder auch gegen sie. Ich will eine Sonde von schwarzweißer und schwarzroter. Die Methode einer gewissen Presse ist verächtlich, in jedem Linksgegner einen Lumpen oder Schuft zu sehen.“ Zur Judenfrage sagte er, man müsse die „Juden erfragen“. Die nationale Bewegung sei ausgesprochen bolschewistisch. Den alten Antisemitismus ist auf einmal das Ausland Sinowjew-Apfeibaums völkisch zuverlässig geworden. Wer die Schlagkraft der weltlichen Industrie kenne, verliere die Lust, nach dem Osten zu tendieren. Man kann es uns (Mahraun und Bornemann) doch nicht verübeln, wenn wir einen Patrouillenzug nach dem Weste gemacht haben. Das sei auf einmal Hoch- und Landesverrat. Um übrigen wäre ihm die Außenpolitik nebensächlich. Wer Entscheidungen über die mysteriösen deutsch-französischen Verhandlungen des jungdeutschen „Staatsmanns“ erwartete, wurde sehr enttäuscht.

Die Samariter bei Demonstrationen im Lustgarten.

Das Polizeipräsidium teilt folgendes mit: Am bei Demonstrationen im Lustgarten den notwendigen Ordnungsdienst versehen zu können, sind bei zukünftigen Demonstrationen und sonstigen Kundgebungen im Lustgarten den Samaritern folgende Stellen zum Aufenthalt angewiesen: Eingang zum Schloß, an der Schloßapotheke; Eingang zum Hofhof, hinter der Apotheke; Säulenhalle vor der Nationalgalerie; Torweg zum Schloß, gegenüber dem Neptunbrunnen und Eingang zum Marksaal. An anderen Sammelstellen kann die Aufstellung von Samaritern aus Gründen der Ordnung und aus verkehrstechnischen Gründen nicht gestattet werden. Die Veranstalter von Demonstrationen werden im eigenen Interesse der Demonstration und der Demonstranten aufgefordert, sich streng an diese Bestimmung zu halten.

Ein neues Ayl der Heilsarmee.

Das städtische Ayl für Obdachlose beherbergt in jeder Nacht Hunderte von Menschen, die zwischen Ayl und Straße zu wählen haben. Andere nächtigen in den Bahnhofs-Wartesälen oder treiben sich in billigen Kneipen bis 1 Uhr morgens herum. Aber wo schlafen sie? Die in den Bahnhofs-Wartesälen haben gewöhnlich Fahrkarten, die sie für die Benutzung der Morgenzüge im voraus gelöst haben. Daneben hilft die Heilsarmee, oder ihre Hilfe konnte in dieser Beziehung nicht ausreichend sein, da die Heime bisher nur 230 Menschen Aufnahme gewähren konnten. Jetzt hat die Heilsarmee zwei weitere Gebäude erworben, die 400 Männern und 200 Frauen Obdach gewähren sollen. Die Häuser liegen in der Kastanienallee. Mahlgeld werden in der im Hause befindlichen Küche zubereitet und zum Selbstkostenpreis verabreicht. Für das Bett im Schlafsaal, wie im Einzelzimmer, werden keine Preise berechnet, die die laufenden Unkosten decken sollen. Aber auch Leute, die nicht zahlen können, werden keineswegs fortgewiesen. Um die Ausgestaltung dieses sich dauernd selbst erhaltenden Wohltätigkeitsheimes möglich zu machen, ist eine Summe von 400.000 M. erforderlich. 250.000 M. sind bereits von der englischen Heilsarmee gegeben.

Unentgeltliche Zimmer oder Freizimmer suchen die akademischen Wohnungsmänter gegen Arbeitsleistung — Bewusstseinsbildung der Schülerarbeiten, Nachhilfe-Unterricht oder sonstiger Art — für eine Anzahl Studenten, die infolge wirtschaftlicher Notlage nicht imstande sind, die üblichen Mietpreise zu zahlen. Meldungen nehmen entgegen: Akademisches Wohnungsamt, Univeritätsstr. 26-27, Fernsprecher Zentrum 109 80, Akademisches Wohnungsamt Technische Hochschule, Zimmer 157, Fernspr. Steinplatz 9000.

Steigende Volksnot.

Im Zeichen der fürstlichen Millionenforderungen.

Das Reichsministerium des Innern hat eine Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes in den Jahren 1923 und 1924 veröffentlicht. Sie ist nicht so umfangreich, wie die vor einigen Monaten erschienene Denkschrift des preussischen Wohlfahrtsministeriums, bietet aber immerhin noch Material genug, um, trotz der allseitig beobachteten leichten Besserung der Gesundheits- und Ernährungslage des deutschen Volkes im Jahre 1924, ein Bild der katastrophalen Auswirkungen des Krieges und der Inflationsperiode zu geben.

Die Denkschrift stellt fest, daß eine im Jahre 1921 eingetretene leichte Besserung der Lebensmittelerzeugung und der allgemeinen Wirtschaftslage mit hier und da beobachteter günstiger Rückwirkung auf den Zustand der Volksgesundheit nur vorübergehend war. „Die Inflationsjahre 1922/23, wo viele Millionen von Menschen infolge unerhörter Teuerung und immer mehr zunehmender Knappheit an Lebensmitteln und anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs

außerstande getreten, sich und ihre Familienangehörigen hinreichend zu ernähren

und mit den sonstigen Lebensbedürfnissen zu versorgen, bedeuteten einen so erheblichen Rückschlag, daß die furchtbarsten Folgen für den gesamten Volkskörper in bedrohliche Nähe gerückt zu sein schienen.“

Diesen Ausführungen ist kaum etwas hinzuzufügen. Es stimmt auch vollumfänglich, was die Denkschrift über den Gesundheitszustand im allgemeinen sagt:

„Weltweit der größte Teil des deutschen Volkes wird von der immer noch ungünstigen Ernährungslage betroffen. Nur die Landbevölkerung, soweit sie selbst Nahrungsmittel erzeugt, ist verhältnismäßig günstig gestellt. Wenn die Lebensmittelpreise auch zum Teil hier und da im Laufe des Jahres 1924 etwas gesunken sind, so ist andererseits die Kaufkraft weiter Kreise der Bevölkerung stark gesunken, so daß weite Schichten das Geld zum Ankauf der notwendigsten Lebensmittel nur mit großer Mühe aufzubringen vermögen. Viele Personen, die ihr Leben seit dem Kriege dadurch gefristet haben, daß sie unter schweren seelischen Kämpfen von ihren Wertgegenständen ein Stück nach dem anderen veräußerten, haben nunmehr ihr Vermögen aufgebraucht und stehen ohne eigene Hilfsmittel da. Die Ernährung ist somit für einen großen Teil des Volkes unzureichend und ferner auch wegen der einseitigen Zusammenfassung vielfach ungesund. Diese Tatsachen in Verbindung mit den hohen Preisen der Heizungsmaterialien, mit überfüllten, gesundheitswidrigen und zum Teil menschenunwürdigen Wohnverhältnissen arbeiten einem kräftigen Aufschwung der Volksgesundheit und der Widerstandsfähigkeit gegen Erkrankungsgefahr auch jetzt noch entgegen.“

Es ist kein Wunder, wenn als Folge solcher Zustände der Gesundheitszustand der Gesamtbevölkerung für das Berichtsjahr 1924 kein so günstiger ist als in den vorhergehenden Jahren.

Nicht unbedenklich haben die übertragbaren Krankheiten, wie Diphtherie, Scharlach, Typhus und auch Kindbettfieber im Jahre 1924 zugenommen. Die Geburtenhäufigkeit fiel von 20,1 auf je 1000 der Bevölkerung im Jahre 1921 auf 15,3 im Jahre 1924, ein sicheres Merkmal der sich stetig verschlechternden wirtschaftlichen Lage. Die für Preußen angeführten Ziffern über Früh- und Fehlgeburten sind geradezu katastrophal. Die Früh- und Fehlgeburten im Jahre 1921 hoben sich in Preußen von 62.595 mit 1160 Todesfällen auf 73.319 Früh- und Fehlgeburten mit 1223 Todesfällen gesteigert.

Die Säuglingssterblichkeit

ist nach den Angaben im erfreulichen Rückgang begriffen. Aber es bleibt abzuwarten, ob dieser Rückgang infolge der neuerdings eingetretenen schlechten wirtschaftlichen Lage weiter anhalten wird.

Die Tuberkulose, die in der Denkschrift als „verderblichste Krankheit“ bezeichnet ist, war bereits in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg in einem ständigen gleichmäßigen Rückgang begriffen. Die Sterblichkeit an Tuberkulose fiel von 1895 bis 1913 um 42,4 Proz. Die Denkschrift stellt jedoch fest, daß sich mit der Steigerung der Ernährungsschwierigkeiten während der Kriegsjahre auch die Todesfälle an Tuberkulose vermehrten, und zwar für das Reichsgebiet um 55,5 Proz. und in den deutschen Städten sogar um 72,6 Proz. Die ersten Nachkriegsjahre zeigten eine starke Abnahme der Tuberkulose-Todesfälle. Diese stiegen zwar im Jahre 1923 wieder langsam an, um dann im Jahre 1924 auf die niedrigste bisher in Deutschland beobachtete Zahl zu fallen. Das ist gewiß eine erfreuliche Tatsache. Leider müssen wir gleichzeitig einschränkend hinzufügen, daß diese „Besserung“ der Tuberkulose nach den Ausführungen in der preussischen Denkschrift außerordentlich skeptisch bewertet werden muß. Jedenfalls merkt die vorliegende Denkschrift, daß seit dem Herbst 1924 die Inanspruchnahme der Heilstätten für tuberkulöse Erwachsene und Kinder dauernd zugenommen hat und daß diese Anstalten im allgemeinen den ganzen Herbst und Winter hindurch so stark besetzt gewesen sind, wie es noch nie der Fall war.

Der Dank des Ermittelten.

Von einem Berliner Mietschöffengericht wurde ein Mieter wegen Mietschulden und gewisser Verstöße gegen die vertragliche Hausordnung zur Räumung ohne Anspruch auf Ersatzwohnung verurteilt. Versuche, vor der Ermittlung eine andere Wohnung durch das Wohnungsamt zu erhalten, schlugen fehl. Die Wohnungsämter schreiten fast immer erst nach der Zwangsvollstreckung ein. Der Gerichtsvollzieher kam und ließ die gesamte Wohnungseinrichtung nach der Straße tragen, wo sie zunächst kundenlang stand. Die Polizei kam und verlangte schnelle Entfernung der Sachen von der Straße. Der ermittelte Mieter war inzwischen nach dem Wohnungsamt gefahren und erhielt sofort eine kurz vorher freigewordene Wohnung zugewiesen. Wenige Tage später erschien er bei dem Anwalt seines früheren Hausbesizers und — beankte sich für die Ermittlung. Auf die erlauchte Frage des Anwalts, was denn das helfen solle, antwortete der Ermittelte treuerherzig: „Herr Doktor, Sie haben ja nur Ihren Auftrag erfüllt, aber ich hätte nie geglaubt, daß ich jemals eine so schöne Wohnung bekommen würde.“ Hier hatte ein glücklicher Zufall gewaltet. Gewöhnlich kommt es anders. Die Möbel wandern nach einem Speicher, die ermittelte Familie flüchtet nach dem Obdachlosenayl. Bestenfalls wird, wenn das Wohnungsamt überhaupt eine Wohnung zur Verfügung hat, ein kaum den notdürftigsten Ansprüchen genügender Raum zugewiesen. Um allen diesen Gefahren zu entgehen, ist es empfehlenswert, sofort nach dem Räumungsurteil sich um einen Wohnungstausch zu bemühen. Der Tauschpartner, der in die sonst zwangsweise zu räumende Wohnung einzieht, hostet nach Sondergerichtsentscheidungen allerdings für die rückständige Miete, bringt aber dieses Geldopfer, wenn er sich verbessern kann.

Ueber die Geschlechtskrankheiten liegen neuere Erhebungen nicht vor. Nach der 1919 vorgenommenen Geschlechtskrankenzählung wurde angenommen, daß in der Zivilbevölkerung der Jahreszugang an Neuerkrankungen sich auf über eine halbe Million beläuft. Die Jahreskrankenziffer beträgt 8,7 auf je 1000 der Gesamtbevölkerung. Obwohl nach Meinung der Ärzte der Höchststand der geschlechtlichen Erkrankungen überschritten ist, stellt die Denkschrift fest, daß die Geschlechtskrankheiten noch in großer Verbreitung herrschen. Das lassen die von den Ländern erstatteten Gesundheitsberichte mit aller Deutlichkeit erkennen. Namentlich hat die Jugend der Großstädte in hohem Maße Anteil an der Verbreitung dieser Krankheiten. Es ist bezeichnend, daß als Grund dafür, daß die unternommenen Abwehrmaßnahmen nicht zum gewünschten Erfolge geführt haben, die wirtschaftlichen Räte des Jahres 1923 angegeben werden, die viele Beratungsstellen zwingen, ihren Betrieb einzustellen. Auch die immer noch grossernde Wohnungsnot mit ihren Folgererscheinungen muß eine weitere Verbreitung der Geschlechtskrankheiten begünstigen.

Der Ernährungs- und Gesundheitszustand der Kleinkinder, Schulkinder und Jugendlichen ist nach den amtlichen Ausführungen keineswegs so, daß er zufriedenstellend wäre. Aus dem Mansfelder Gebirgskreis wird z. B. mitgeteilt, daß an einem bestimmten Stichtag

41 Proz. der Schulkinder ohne heißen Morgentee,

32,2 Proz. ohne erstes Frühstück und 10,4 Proz. ohne zweites Frühstück in die Schule kamen. Ähnliche Verhältnisse herrschen nach der preussischen Denkschrift im Unterparadies Ostpreußen. In keinem Bezirk ist die als Gegenmaßnahme durchgeführte Schulspeisung als ausreichend bezeichnet worden.

In einzelnen Bezirken und Städten war infolge der herrschenden Erwerbslosigkeit sogar das Schulfrühstück als ein viel zu kleiner Beitrag zur Sicherstellung der Ernährung, für die die Eltern tatsächlich nicht aufkommen konnten, bezeichnet worden.

Als besonders mitleidenswert sind das Badenburger Kohlengebiet, Nürnberg, Fürth, Freiburg i. Br. und Thüringen bezeichnet. Die mangelnde Ernährung hatte zur Folge, daß ein großer Teil der schulenlosen Jugend in seinen Wachstumsverhältnissen weit unter das normale Maß gesunken ist.

Was die allgemeine Ernährungslage anlangt, so möge an dieser Stelle in erster Linie die Versorgung mit Milch, Fleisch und Brot interessieren. An Milch standen im Jahre 1924 nur etwa 55 Proz. der vor dem Kriege vorhandenen Mengen zur Verfügung. Die Fleischversorgung erreichte nur 82 Proz. des letzten Vorkriegsjahres. Während vor dem Kriege 240 Kilogramm Brottreide auf den Kopf der Bevölkerung entfielen, belief sich die entsprechende Menge im Jahre 1924 nur auf 162 Kilogramm.

Es ist ganz selbstverständlich, daß der Gesundheitszustand eines Volkes im höchsten Maße abhängig ist von der Ernährungslage. Die häufigen Krisen mit ihren Folgererscheinungen, in der Hauptfrage aber Erwerbslosigkeit, müssen ganz selbstverständlich den Gesundheitszustand herabdrücken. Und es ist ein sicheres Kennzeichen der sich in der Hauptfrage auf die arbeitende Bevölkerung auswirkenden Krise, daß die Zahl der Selbstmorde ständig zunimmt, während die Zahlen für die Neugeborenen und für die Ehegeschlechtsfälle ständig zurückgehen.

Ein Kuriosum sei noch erwähnt: Die Denkschrift würdigt die immer mehr um sich greifenden Abtreibungen

einer besonderen Erwähnung in folgendem klassischen Satz: „Während die Abtreibungen der Leibesfrucht früher in der Hauptfrage nur in den Großstädten beobachtet wurden, finden sie jetzt infolge der ganz allgemein gesunkenen Moral und infolge der in weitesten Bevölkerungsschichten bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch auf dem platten Lande Eingang.“

In dieser mehr als eigenartigen Bemerkung spiegelt sich die amtliche Engstirnigkeit wider, die kein psychologisches Verständnis für die geradezu ungeheuerliche Not der proletarischen Schichten aufzubringen vermag. Die Herren sind erschrocken darüber, daß nun auch auf dem platten Lande die Bewohner nicht mehr bedenkenlos Kinder in die Welt setzen wollen, für die sie nicht ausreichend sorgen können. Nur so nebenbei bemerkt sei die Tatsache, daß lange, bevor die Abtreibungen sich bei der Stadtbevölkerung bemerkbar machten, die Beseitigung der Leibesfrucht ein Privileg der herrschenden Klasse war. Nur eine durchgreifende Änderung der hierfür in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen (§ 218) vermag insofern Wandel zu schaffen, als sie die Frauen sachkundigen Ärzten und nicht Kurpfuschern und weisen Frauen zuführt.

Es ist im großen und ganzen ein trübes Bild, das uns die Denkschrift zeigt. Wie schrecklich mögen aber nun erst die Auswirkungen der jetzigen Wirtschaftskrise mit ihren abnormal hohen Erwerbslosenziffern sein! So dürftig die Denkschrift ist, sie ist uns ein weiterer Beweis dafür, daß ein Volk, das in solchen Zuständen zu leben gezwungen ist, sich selbst aufgeben würde, wollte es etwa noch die Ansprüche der früheren Fürsten erfüllen.

Wegen James Klein.

Die am 25. Januar tagende Bezirksdelegiertenversammlung Groß-Berlin der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger als bevollmächtigte Vertretung der gesamten Berliner Schauspielerschaft verlangt, daß ein Mann wie James Klein aus dem deutschen Theaterleben verschwindet und fordert sofortige Konzessionsentziehung.

Umleitung von Straßenbahnlinien. Wegen Bauarbeiten am Ayl, in Charlottenburg, werden in der Nacht vom 27. zum 28. Januar d. J. (Mittwoch zum Donnerstag) von 1,30 Uhr an die Linien 3, 44 und 55 wie folgt umgeleitet: Linie 3 und 44 vom Ayl über Tiergarten, Großer Stern, Hansaplatz, Stromstraße, Turnstraße. — Linie 55, Richtung Charlottenburg hbm. Spandau, vom Ayl über Berliner Straße, Spandauer Straße, Spandauer Bod. Von der Beustellstraße fahren zum Anschluß an die Linie 55 Einfahrten 1,40, 1,55, 2,10 Uhr über Siemensstadt nach Spandau.

Zeugen gesucht. Am 2. Weihnachtsfesttag, vormittag 11 1/2 Uhr, wurde in der Dresdener Straße, am Kottbuser Tor, eine Frau von einem Autobus der Linie 11 überfahren. Zeugen, die den Vorfall gesehen haben, werden gebeten ihre Adresse mitzuteilen an Otto Böttcher, Berlin, Dresdener Straße 9.

Stirbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

114. Abt. Lichtenberg. Genossin Johanna Conrad ist verstorben. Beerdigung Mittwoch, 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Thomasfriedhof, Kreuzstr. 20. Beerdigung: Treffpunkt Bahnhof Stralau-Rummelsburg, nachmittags 2 Uhr.

